

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

22.2.1923 (No. 52)

Karlsruher Tagblatt

Preis: in un-
teren Abteilungen ab-
geholt monatlich 1,00,-
frei Haus geliefert monat-
lich 1,10,-
auswärts: durch un-
tere Agenturen bezogen
1,20,- durch die Post
auschl. Zustellungsgebühr
1,30,- monatlich.
Einzelverkaufspreis: 80 Pf.
Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle Ritterstraße 1,
Karlsruhe.

Anzeigen:
die Geschäftsstelle
oder deren Name 100,-
auswärts 120,-; Familien-
anzeigen und Stellen-
angebote 120,-; Nekro-
logie 70,-; an erster
Seite 80,-
Rabatt nach Tarif.
Anzeilenannahme bis 3 Uhr
mittags; kleinere Anzeilen
spätestens bis 6 Uhr nachm.
Vertriebsstellen:
Geschäftsstelle Nr. 208,
Berlin-Poststr. 37, Telephon-Zentrum 423,
Scharfstraße Nr. 20,
Danversstraße Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Fritz Ehrhard, für den wirtschaftlichen, häußlichen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Kunstteil: Hermann Feld; für die „Pyramide“ Karl
Schoo; für Inserate: Heinrich Schrieber, sämtliche in Karlsruhe, Druck und Verlag G. B. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berlin-Redaktion Dr. Richard Kähler; Berlin-Poststr. 37, Telephon-Zentrum 423.
Für unregelmäßige Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. Donnerstag, den 22. Februar 1923 Nr. 52.

Gelsenkirchen wieder geräumt.

Abzug der Franzosen aus Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 21. Febr. (Drahtbericht.) Heute vormittag sind die französischen Truppen aus der Stadt abgerückt. Der Eisenbahnverkehr wurde wieder aufgenommen, ebenso verließen die Postbeamten wieder ihren Dienst. Die Schutzpolizei ist wieder in den Sicherheitsdienst eingetreten. Heute vormittag hatte Stadtbaurat Arend mit General Schuler eine Besprechung, in der der General in einer kurzen Ansprache erklärte, daß die französischen Truppen Gelsenkirchen verlassen würden, da die 100 Millionen Mark Ruße zusammengebracht worden seien. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 88 Millionen Mark Stadtgeld und 17 Millionen Mark Gelder von der Eisenbahn. Stadtbaurat Arend erhob nochmals schärfsten Protest gegen die Eingriffe der Franzosen in die Rechte der Behörden. General Schuler nahm den Protest zur Kenntnis.

Amerika als Zuschauer.

Paris, 21. Febr. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington legen dort gestern nachmittags Nachrichten vor, denen zufolge England die Absicht hätte, Amerika um einen gemeinsamen Interventionsvertrag mit ihm im Ruhrgebiet zu ersuchen. Von amtlicher Seite sei die Anglosigkeit eines Vermittlungsversuches betont worden, da keine Aussicht auf Erfolg bestehe. Es sei darauf hingewiesen worden, daß eine verfrühte Bemühung Amerikas es für die Zukunft unmöglich machen würde, sich mit Nutzen an einer Vermittlung zu beteiligen. In den Vereinigten Staaten sei man der Auffassung, daß Frankreich auf eigene Verantwortung handle und daß jeder amerikanische Vermittlungsversuch für Frankreich unannehmbar sein würde. Alle Nachrichten weisen darauf hin, daß ein amerikanisches Angebot in diesem Sinne bei Poincaré eine unfreundliche Aufnahme finden würde.

Amerika fordert 265 Millionen Dollars Bezahlungsgelder.

New York, 22. Febr. Ein Vertreter der amerikanischen Regierung befindet sich auf dem Wege nach Paris, um den Alliierten ins Gedächtnis zu rufen, daß Amerika einen Anspruch auf 265 Millionen Dollars für die Kosten der Besetzung in Deutschland hat.

Londons Angst vor der Wahrheit.

London, 21. Febr. Ministerpräsident Bonar Law teilte auf eine Anfrage im Unterhause mit, daß in anbeziehung der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten an dem Vertrag von Versailles nicht teilgenommen hätten, es für die britische Regierung nicht richtig sein würde, mit Amerika darüber zu verhandeln, ob die französische Aktion im Ruhrgebiet mit dem Vertrag von Versailles übereinstimme oder nicht.

Das Juristendeckeln der Engländer.

Paris, 21. Febr. (Drahtber.) Die von den Engländern den französischen Besatzungsstruppen abgetretene Eisenbahnstrecke im Nordwesten der Kölner Zone ist gestern den Franzosen übergeben worden. Wie die Morgenblätter melden, haben die Eisenbahner der neu besetzten Strecke es abgelehnt, unter den militärischen Behörden Dienst zu tun und die Arbeit eingestellt. Schwere Sabotageakte seien nicht zu vermeiden.

Aus dem Offenburger Gebiet.

Offenburg, 21. Febr. Die Franzosen suchten den Vorstand der Bahnmeisterei 2 in Offenburg zu verhaften, die Bahnunterhaltungsarbeiten im Bahnhof Offenburg wieder aufzunehmen oder für französische Arbeiter Geräte abzugeben. Französische Offiziere durchsuchten die Wohnung des stellvertretenden Dienstvorstandes der Station Windschlag ergebnislos nach Plänen für die Stationsanlagen. Im Dienstzimmer des Bahnhofes erbrachen sie verschiedene Schränke und Schubladen; sie probierten schließlich noch einige Weichen im Stillwerk. Entwendet wurde, soweit bis jetzt festgestellt, nichts.

Seit dem Einzug der französischen Truppen...

Seit dem Einzug der französischen Truppen treiben sich hier Emissaren herum, die ausländisches Geld aufkaufen und Verkauf auch die Geschäftskreise aufsuchen und diesen die eingekommenen fremden Geldforten abzunehmen suchen. Deshalb wurden die Geschäftskreise darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, die fremden Geldforten an eine Bank abzugeben, andernfalls sie sich strafbar machen.

Staatspräsident Remmele in Berlin.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtber.) Der badische Staatspräsident ist gestern in Berlin eingetroffen. Er hatte eine längere ausführliche Unterredung mit dem Reichskanzler über die politische Lage im badischen Einbruchgebiet und im Ruhrgebiet.

Post- und Bankstreik in Mainz.

Mainz, 21. Febr. (Drahtber.) Bei der gestrigen Arbeitsniederlegung auf dem Postamt handelte es sich bekanntlich um einen Proteststreik gegen die Verhaftung des Postdirektors Klingelhöfer. Um 1 Uhr mittags war die Wiederaufnahme der Arbeit vorgehoben, doch konnte diese nicht wieder aufgenommen werden, da das Post- und Telegraphenamt mit französischen Truppen besetzt war und für die Wiederaufnahme des Dienstes die gemeldeten Bedingungen gestellt wurden. Infolgedessen ruht der Betrieb bei dem Postamt in Mainz, sowie beim Telegraphenamt vollständig. Die Dauer dieses Ausstandes läßt sich noch nicht übersehen. Die Deutschen Banken hatten gestern geschlossen. Der für 24 Stunden vorgesehene Streik richtete sich in der Hauptsache gegen die Verurteilung verschiedener Bankdirektoren durch

Die französische Behörde wegen Auszahlung von Geldern an die Eisenbahner.

Die Banken haben heute den Dienst wieder aufgenommen.

Bayern und die Reichspolitik.

München, 21. Febr. (Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident, der am Montag zu einer Aussprache mit der Reichsregierung in Berlin weilte, ist hierher zurückgekehrt. In seinen Besprechungen mit dem Reichskanzler schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, daß dieselben einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Der Ministerpräsident habe dabei die bayerische Auffassung über die äußere Politik dargelegt, vor allem in den Punkten, die Bayern unmittelbar betreffen. Die enge Fühlungnahme der bayerischen Regierung mit der Reichsregierung und das Vertrauensverhältnis, das zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler bestehe, üben einen sichtbaren außerordentlich günstigen Einfluß auf die gesamte innere Politik aus. Bayern lieferte gleichzeitig auch damit den Beweis, daß es ihm nicht um Opposition um jeden Preis zu tun, sondern daß ihm die Rolle eines aufrichtigen Mitarbeiters an den Reichsangelegenheiten bedeuten sympathischer sei. Es gehe zu den Verdiensten des Reichskanzlers Dr. Cuno, daß er von Beginn seiner Amtszeit an in voller Erkenntnis der innerpolitischen Realitäten nach dem Grundsatze handelt, daß die geordnete Führung der Politik des Reiches keine Spannung zwischen der Reichsleitung und dem zweitgrößten deutschen Bundesstaat vertragen könne. In der übergroßen Mehrheit des bayerischen Volkes werde der Reichskanzler, wenn er den beschränkten Weg in der Außen- und Innenpolitik konsequent und mutig weiter geht, jederzeit einen treuen Bundesgenossen für seine Politik haben.

Eine Warnung für Tschechien.

München, 22. Febr. Am vergangenen Sonntag veranstalteten die Bayerische Volkspartei zusammen mit der Deutschen Partei, dem Bund Bayern und Reich, dem Christlichen Bauernverein und der Christlich-nationalen Arbeiterpartei an der ganzen bayerischen Ostgrenze von Furth im Wald bis Weidach fünfzig große Kundgebungen, die gegen die Möglichkeit eines bewaffneten Eingriffs der Tschechoslowakei zugunsten Frankreichs gerichtet waren und den tschechischen Völkern und seiner Regierung zeigen sollten, daß die bayerische Bevölkerung ebenso wie die an der Ruhr geschlossenen der Regierung würde.

Verhärzung des Kampfes in der Rheinschiffahrt.

Mannheim, 21. Febr. Eine Konferenz der Vertrauensleute des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer nahm in Mannheim zur gegenwärtigen Lage Stellung und beschloß mit sofortiger Wirkung eine Verhärzung des Kampfes in der Rheinschiffahrt. Das in diesem Verbande organisierte Personal sämtlicher Reparaturwerkstätten am Rhein ist von der Verbandsleitung der Maschinenisten und Heizer in den Kampf eingezogen worden. Durch die Arbeitseinstellung dieses Personals ist jede Ausführung von Reparaturarbeiten auf französischen Dampfern unmöglich gemacht worden. Ferner hat die Streikleitung der Heizer und Maschinenisten an alle Mitglieder, welche als Krammmaschinen des Besatzers mit Kohlen an holländische, belgische und holländische Boote vorzugehen haben, die strikte Weisung erteilt, jede Kohlenabgabe an diese Boote für die Zukunft zu verweigern. Bessere Maßnahmen erwies sich als notwendig, da festgestellt worden ist, daß Dampfer unter holländischer, belgischer und holländischer Flagge deutsche und französische Fahrzeuge abgeleitet haben. Das organisierte Maschinenisten- und Heizerpersonal ist entschlossen, den Kampf in der Rheinschiffahrt weiter zu verhärfen, wenn die Lage es erfordert.

Französische Infiltrationen.

Mannheim, 21. Febr. Ein neues französisches Piratenstück schändlicher Art wird erst jetzt bekannt. Danach haben die Franzosen in Mannheim am 6. Februar den leeren unbewachten Rhein „bedrückt“, am 17. Februar den Rhein „Alara“, die im offenen Neckar lauen, beschlagnahmt und weaeschleppt. Der Rhein „bedrückt“ ist ein Gesellschaftsboot und in Oberhessen beheimatet. Er war besetzt von dem Schiffer Waldorf von Strickborn a. N. Im Zeitpunkt der Ausrückung besaß niemand auf dem Rhein. Elementar des Rahms „Alara“ ist der Schiffer Georg Oslina von Merkteln, der samt dem übrigen Schiffpersonal mitgenommen wurde. Es handelt sich hier wieder einmal um nichts anderes als um den nackten Raub von Privatpersonen und um einen empörenden Gewaltakt gegen Privatpersonen. Der Vorfall ist um so unerhörter, als er sich auf unbefestigtem Gebiete der rechten Rheinseite abspielte.

Was sie wollen.

Die französische Regierung ist fest entschlossen, keine Vermittlung zur Regelung der deutschen Frage anzunehmen. Die einzige Lösung, die ins Auge gefaßt werden kann, ist die vollständige Kapitulation Deutschlands.

Poincaré am Oberrhein.

In der ausgezeichneten Wochenschrift Rheinischer Beobachter, die mit Aufmerksamkeit das Leben in den Ländern am Rhein verfolgt, schreibt ein Herr Dr. Waldemar Kengis aus Colmar über Poincarés Wirken am Oberrhein folgendes:

Während Frankreichs Diplomatie zielbewußt um die deutschen Länder am Mittel- und Niederrhein kämpft, bauen seine Techniker und Industriekapitäne das im Verfall begriffene Rheintal zu einer „produktiven Wüste“ am Oberrhein nicht minder folgerichtig und zweckbewußt aus. Die Ausnutzung der Wasserkraft unterhalb von Basel, die Art. 358 des Friedensdiktats Frankreich überließ, steht dabei zunächst an zweiter Stelle. Immerhin hat die letzte Tagung der neuen internationalen Rheinschiffahrtskonferenz bereits die Pläne genehmigt, wonach bei Großlembach, dem letzten elfassischen Orte am Rhein, ein Großkraftwerk erbaut werden darf, dessen Stauwasser sogar auf Schweizer Gebiet zurückgeleitet werden sollen. Die planmäßige Ausnutzung der stromaufwärts liegenden tausend Pferdekraft, die der deutsche Rheinstrom in seinem Gefälle zwischen Sünningen und Straßburg seit Jahrzehnten schon barg, ist also vorbereitet. Dasselbe Deutschland, in dem sich fast fünfzig Jahre hindurch Baden und Elsaß-Lothringen als „feindliche“ Bundesstaaten über die Verwertung dieser wirtschaftlichen und wichtigsten Wasserkraft des Kontinents nicht zu einigen vermochten, ist durch den Frieden gebunden, die dazu nötigen Anlagen und Kraftwerke auf fremde Rechnung und zu fremdem Nutzen auch auf dem rechten Rheinufer herzustellen zu lassen. Schon jetzt ist auf alle Fälle der freie Verkehr stromaufwärts lahmgelegt, der kurz vor und im Weltkrieg selbst so verheißungsvoll begann und mit dem insbesondere die deutsche Schweiz durchaus rechnete. Das französische Straßburg, dessen ehemaliger Kaiserpalast auch Sitz der Rheinschiffahrtskommission selbst ist, wird zum Endpunkt der Rheinschiffahrt überhaupt werden, während von hier aus der bedeutend vergrößerte und verkehrte Rheinhonore-Kanal die Weiterführung des Verkehrs übernimmt. Mit Hilfe der in den erwähnten Kraftanlagen gewonnenen Energie soll ja dieser „großelassische“ Schiffschiffweg so ausgebaut werden, daß das Elsaß und späterhin das ganze obere Rheintal einen neuen zweckmäßigeren Seehafen in Marfelle etwa gewinnt, die Wirtschaft Süddeutschlands also und der deutschen Schweiz aufs härteste nach Westen hin „orientiert“ und von den innerfranzösischen Verkehrsleitungen aufgegeben und ausgehöhlt wird. In der Berner Bundesversammlung wie in der Pariser Kammer ist darüber bereits ganz offen gesprochen worden, ob ne das jedoch leider die hier angeregten Erörterungen allzu vielen Widerhall in den nächstbetreffenden Wirtschaftskreisen des deutschen Rheintals gefunden hätten! Wie zielbewußt aber auch in dieser Grenzfrage zwischen Politik und Wirtschaft Frankreichs Staatsmänner vorgehen, sieht man daraus, daß gerade in den letzten Wochen und Tagen Poincaré selbst bei aller Ueberlastung durch den diplomatischen Kampf um andere „produktive Wälder“ doch noch Kraft und Lust fand, französischen Firmen seinen Schutz und nachhaltigen Unterstützung für einen weiteren Plan zur Verbindung von Rhein und Rhône vom Genfer See über die Schweizer Jurazoen und durch die Klare zum Oberlauf des Rheins zu bieten. Nicht nur die natürlichste Verbindung, die die Eidgenossenschaft bislang zum offenen Meer durch den Rhein besaß, soll also „abgewirgt“ werden, auch der oft- und mittelweizerische Verkehr soll Frankreichs Kontrolle auf alle Fälle passieren! Die dritte Pariser Republik ist dann, wie die ausgezeichneten Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur dazu in ihrer letzten Nummer schreiben, in der Lage, „die beiden großen Ausgangstore der Schweiz, Basel und Genf, Rheintal und Rhône auf zu beherrschen“. Die wunderbar folgerichtige Rheinpolitik, die Poincarés Wirken bisher bezeichnete, schlägt damit eine neue Fessel zugleich am Mittel- und Niederrhein gerichtet sind, sollte man auch bei uns die Entwicklung am Oberrhein mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Mit der Verflauung der Schweiz verliert das Deutsche Reich seinen letzten Bundesgenossen, den Kultur und Wirtschaft bislang noch zwangsläufig zur Verteidigung des Rheintals verpflichtete.

Beiträge zur englischen Kriegsführung im Weltkrieg.

Vom General der Infanterie Dr. phil. G. von Anstl.

Ueber die tatsächlichen Leistungen Englands im Weltkrieg sind wir außer durch französische Veröffentlichungen auch durch manche englische Werke wie die Erinnerungen des Marshalls French, die Schriften des Generals Maurice und des Hauptmanns Wright, die Lebensbeschreibung Kingmans von Arthur und das einigermassen unterrichtet. Ueber die innere Geschichte des Krieges, über die Beweggründe des Handelns und die Auffassung der Lage auf der englischen Seite fehlen uns aber noch manche Aufschlüsse. Ob die angeführten Erinnerungen Lloyd Georges sie bringen werden, muß dahingestellt bleiben. Manches Wertvolle enthalten gerade in dieser Beziehung die Erinnerungen Kingmans der durch seine Beziehungen zu den leitenden Persönlichkeiten über vieles Auskunft geben konnte.

So gibt uns Kingman die ausdrückliche Versicherung, daß sich der Plan zum Zusammenwirken der Land- und Seestreitkräfte Englands und Frankreich gegen Deutschland bereits an den Vertrag von 1904 angeschlossen hat. Die militärischen Verhandlungen, die hauptsächlich zwischen dem französischen Militärattaché in London, Duquet, und dem englischen General Grierson, später General Ewart geführt wurden, begannen im Januar 1906 und dauerten ununterbrochen bis 1914. Ueber die Art, in der die englische Unterstützung geleistet werden sollte, war man zunächst uneinig. Admiral Fisher war gegen einen Einsatz der englischen Truppen auf dem europäischen Festland und glaubte für die Sicherheit des Truppentransportes über den Kanal keine Gewähr leisten zu können. Er plante eine Unternehmung der Flotte mit Unterstützung englischer Truppen im Baltischen Meere. French soll ihm beigegeben haben. Man ließ diesen Plan jedoch fallen und einigte sich auf eine unmittelbare Unterstützung Frankreichs durch das englische Expeditionskorps. Genaue Vereinbarungen über diese Unterstützung nach Frankreich wurden getroffen, englische Offiziere erkundeten die voranschreitenden Kriegsschauplätze. Kingman berichtet nichts davon, daß die englische Unterstützung nur im Falle einer Verletzung der Neutralität Belgiens durch die Deutschen stattfinden sollte. Von dieser ist bei den Verhandlungen in der Darstellung Kingmans gar keine Rede.

In den ersten Monaten des Krieges litt die englische Armee nach Kingman außerordentlich unter dem Mangel an Artilleriemunition, besonders an Granaten, und unter der Ueberlegenheit der deutschen Artillerie. Der Munitionsmangel machte sich erst 1915 noch empfindlich fühlbar und wurde erst allmählich behoben, seitdem Lloyd George Munitionsminister geworden war.

Das ganze Buch Kingmans hallt wider von Klagen über ungenügenden Erfolg des englischen Seeres. In der Begeisterung während der ersten Kriegsmomente war der Jubel der Freiwilligen außerordentlich groß. Aber schon 1915 reichte er für die vielen Neuformationen nicht aus. Der Kriegsmilitärminister, über den Kingman überhaupt vielfach absprechend urteilt, soll es übersehen haben, daß man für Neuformationen auch Ersatztruppenteile aufstellen müsse. Die Bemühungen Lord Derbys beschränkten zwar die Lage, aber sie und auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vermochten zunächst keinen völlig ausreichenden Ersatz zu schaffen. Das soll geklärt haben, er hätte im Laufe des Jahres 1917 im Verfolg der Flanderndenschlacht die Deutschen bis zur Maas zurückgeworfen, wenn seine Armeen auf voller Stärke gehalten worden wären.

Seltam ist die Furcht vor einer deutschen Invasion, die in England dauernd herrschte. Marshalls French, der nach Niederlegung des Oberbefehls über die englische Armee auf dem westlichen Kriegsschauplatz mit dem Seimatschuh beauftragt war, glaubte zwar ebensowenig an eine solche Invasion, wie Lloyd George. Aber die Marine erklärte, daß sie allein nicht imstande sei, die Verteidigung der Küste zu gewährleisten. Nach der Darstellung Kingmans war überhaupt die Verbindung des Marshalls French mit dem Admiral Jellicoe durchaus unzureichend; seiner wußte, was der andere machte. Unter diesen Umständen war der Chef des englischen Generalstabes, Robertson, der Ansicht, daß man zum Schutz der Heimat eine gute Armee nicht entbehren könne. Im Februar und März 1917 meinte sogar Robertson, daß für die Deutschen niemals die Geländebewältigung gemein sei, um eine Invasion in England zu versuchen. Wenn der U-Bootkrieg verlasse, gebe es nur zwei Möglichkeiten für die Deutschen: entweder sie verhielten sich friedensverhandlungen einzuleiten, oder sie spielten die letzte Karte aus, unternähmen eine große Operation gegen England und opfereten nötigenfalls ihre ganze Flotte, um in England einzufallen.

So kam es, daß dauernd starke englische Kräfte in der Heimat zurückgehalten wurden, sehr gegen den Willen der Franzosen. In den Jahren 1916 und 1917 verfügte French über 400 000—500 000 Mann, worunter sich aber die Festungsbesatzungen (160 000 Mann), die Truppen in Irland u. a. befanden. Auch waren darunter beispielsweise im April 1917 180 000 Infanteristen, die unausgebildet oder unter 19 Jahren waren. An Feldtruppen verfügte somit French nur über 100 000 bis 200 000 Mann, die in zwei Armeen gegliedert waren. Zehn Bataillone standen 1916 längs der Küste eingegraben bereit. Zwei Kavalleriedivisionen, jede zu 7000 Mann, bildeten die allgemeine Reserve. Einer starken Invasion erklärte sich French hiermit nicht gewachsen. Robertson legte aber den größten Wert auf den sicheren Schutz Londons. Viele die Hauptstadt in Feindesland, so sei der Krieg verloren.

Wie Balfour im November 1916 gegenüber Kingman erklärte, lag der Grund für diese auffallende Besetzung Englands vor einer Invasion in der deutschen Flotte: „Solange Deutschland seine Kanzen nicht zurückhält“, meinte er, „wird es uns, eine starke Armee in der Heimat zurückhalten.“ Dieses Verbot würde unsere Flotte, deren Untätigkeit so viel angegriffen wird, also doch geholt haben.

Daß unter diesen Umständen starke Kräfte auf dem Balkan eingesetzt wurden, hielt Kingman für falsch. Der erste Gedanke hierzu ging von Briand, damals französischem Justizminister, aus, der nach den serbischen Erfolgen gegen die Oesterreicher bereits im Januar 1915 vorzuschlug, eine französisch-englische Expeditionarmee zur Unterstützung der Serben zu entsenden. Die französische Heeresleitung erklärte eine solche Expedition jedoch für unmöglich. Im Herbst 1915 mußte man sich dann doch dazu entschließen, kam aber zu spät, um die Serben vor der Niederlage zu retten. Seitdem wurde dauernd zwischen England und Frankreich darüber gestritten, ob man die Orientarmee auf dem Balkan belassen oder zurückziehen sollte. Kingman erklärte die Belassung für „eine der vielen Torheiten, die wir im Kriege begangen haben,“ und auch der Chef des englischen Generalstabes, Robertson, wollte die Truppen zurückziehen, um sie zur Entschcheidung in Frankreich zu verwenden. Auch die englische Marine wollte wegen der im Mittelmeer herrschenden U-Bootgefahr nur ungern die Deckung der Truppen- und Versorgungstransporte übernehmen. Die Franzosen, insbesondere der inwischen zum Ministerpräsidenten aufgestiegene Briand, setzten aber die Belassung der Orientarmee in Saloniki gegen die Ansicht Kingmans durch. Sie wiesen

später darauf hin, daß dadurch die Deutschen verhindert worden seien, sich des ganzen Orients zu bemächtigen, daß Rumänien zum Anschluß an die Entente veranlaßt, Griechenland aber vom Anschluß an Deutschland abgehalten und schließlich im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens und der ganzen mazedonischen Front herbeigeführt worden sei.

Alles, was im Laufe der Zeit aus dem Lager der Feinde über den Weltkrieg bekannt wird, zeigt, daß die Entente mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, und daß ihrer Kriegsführung schwere Fehler vorgeworfen werden. Es stand bei ihr durchaus nicht immer so glänzend, wie man bei uns anzunehmen geneigt ist, und das Ringen unserer Heeresleitung um den Sieg war somit keineswegs so ausschließlos, wie gewisse Kritiker bei uns behaupten.

Deutscher Reichstag

i. Berlin, 21. Febr. Am Regierungstisch: Reichsminister des Innern Dr. Dese.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und teilt mit, daß heute auf der Rednerbühne zum erstenmal ein Fernrednerapparate, ein sogenannter Telegrammophon aufgestellt ist. Durch dieses Telegrammophon werden die Reden auf eine Walze gebracht, von der sie beliebig wieder entnommen werden können. (Beifall und Applaus: Einmal ist es wirklich genau!) Nach Schluß der Sitzung können die Abgeordneten im Plenarsaal ihre Reden selbst hören.

Die zweite Lesung des Haushalts wird fortgesetzt bei den Ausgaben für das Gesundheitsamt.

Abg. Streiter (D. Vp.) greift zur. Auf die erschütternden Zahlen, die der Präsident des Reichsausschusses gestern mitgeteilt hat. Der drohe der Untergang eines Kulturvolkes im Herzen Europas. Die gesundheitlichen Zustände Deutschlands können nicht schwarz genug gezeichnet werden.

Geheimerat Lange teilt mit, daß das Tuberkulosegesetz fertiggestellt sei. Man strebe nur noch eine Ergänzung zwischen den Ländern an. Auch ein Apothekergesetz stehe in Aussicht.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) empfiehlt eine Entschädigung, in welcher die Reichsrentner aufzufordern wird, die Einrichtungen der sächsischen Landespolizei zu kontrollieren. Die Einsetzung der Volkskommissare habe die Landespolizei in Widerspruch mit den Richtlinien des Reiches politisiert. Sächsisch ist das Land der Unfreiheit geworden, das hat seine Rückwirkungen auch auf das Wirtschaftsleben. Wollen Sie nichts von dem Streben der Arbeitslosigkeit? (Erneuter Widerspruch links.) Die Beamten sollen immer mehr politisiert werden, und wer sich nicht fügt, wird drangaliert. Demgegenüber die bürgerlichen Parteien Einspruch erheben. Die sächsischen Beamten haben fast durchwegs Ueberlichkeiten anlässlich der Ruhrbesetzung abgelehnt; sie sind also ihren Brüdern in den Rücken gefallen. (Lärm links.) Der Redner spricht den Schupo-Beamten im Ruhrbezirk Dank und Anerkennung aus.

Abg. Meier-Weidau (Soz.) verteidigt die sächsischen Regierungsmaßnahmen. Das Ueberhöchste an Maßnahmen sei nicht allmählich abgelehnt worden. In Sachsen seien von 88 höheren Beamten nur 5 Sozialdemokraten.

Reichskommissar Kühner teilt mit, daß es Regierungskommissare nur in Preußen und in Sachsen gibt. Die Länder Barmen, Westfalen, Schlesien, Bremen und Lübeck haben sie aber für zulässig erklärt. Ein weiterer Ausbau der Schutzpolizei sei nicht möglich, wenn nicht unsere innerpolitischen Zustände dem Ruin entgegengeführt werden sollen. Der Redner sagt der Schutzpolizei im Ruhrgebiet namens

der Reichsregierung aufrichtigen Dank. (Beifalliger Beifall.)

Um 6 1/2 Uhr stellt der Präsident fest, daß das Haus beschlußunfähig ist. Die Sitzung wird abgebrochen und auf Donnerstag nachmittags 2 Uhr verlegt.

Der Kampf gegen den Wucher.

Beratung eines Notgesetzes.

Berlin, 21. Febr. Im Rechtsausschuß des Reichstags wurde bei Beratung des Notgesetzes, das die Anpassung einiger Bestimmungen des geltenden Rechts an die jetzigen besonderen Verhältnisse erstrebt, von der Regierung betont, daß dem Gebaren derjenigen, die versuchen, die allgemeine Notlage wucherisch zu ihrem Vorteil durch übermäßige Preissteigerungen und wucherischer Warenzurückhaltung auszunutzen, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten werden müsse. Die bestehenden Vorschriften gegen Preissteigerung böten schon starke Handhaben zum Einschreiten, doch solle die noch nicht in allen bedeutenden Fällen zureichend vorgeschriebene öffentliche Brandmarke der Wucherer und Schieber ergänzt werden. Der Rechtsausschuß nahm die Regierungsvorlage an, wonach die vorläufigen Zuwiderhandlungen gegen die Strafvorschriften wider Preissteigerung, Schleichhandel und verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände auf eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten oder mehr oder eine Geldstrafe von 100 000 M oder mehr erkannt werden soll. Neben der Strafe soll stets die öffentliche Bekanntmachung der Beurteilung durch eine Tageszeitung sowie der öffentliche Anschlag auf Kosten der Schuldigen angeordnet werden. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, monach derjenige, der es unternimmt, Gegenstände, die der Reichswirtschaftsminister als lebenswichtig bezeichnet hat, ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiet auszuführen, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 M oder mehr bestraft werden solle. Neben der Strafe soll auch eine Geldstrafe von mindestens 50 000 M erkannt werden. Das Höchstmaß der Geldstrafe soll unbeschränkt bleiben. Ferner werden die Strafen gegen Schleichhandel, vorläufige Preissteigerung und vorläufige verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände dahin verschärft, daß in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren und eine Geldstrafe von mindestens 100 000 M eintreten. Der Antrag auf Einführung der Todesstrafe wurde abgelehnt.

Der Rechtsausschuß nahm ferner einen sozialdemokratischen Vorschlag an, wonach lebenswichtige Gegenstände nicht in der Form von Auflagen in den Handel oder an die Verbraucher gebracht werden dürfen. Ferner wurde nach einem Zentrumsantrag die Bestimmung angenommen, daß im Falle des dringenden Bedarfs der Preissteigerung, des Schleichhandels und der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände oder eines unzulässigen Handels die vorläufige Schließung des Geschäftes des Täters und die Beschlagnahme derjenigen Waren, auf die sich die fragbare Handlung erstreckt, anzuordnen ist. Angenommen wurde schließlich, einem sozialdemokratischen Antrag entsprechend, die Bestimmung, daß von jeder rechtskräftigen Beurteilung wegen der verurteilten Straftaten Handlungen die Strafvollstreckungsbehörden sofort den für die Erteilung der Handelsverbotens oder die Untertragung des Handels zuständigen Stellen Mitteilung zu machen haben. Diese Stellen sollen in jedem einzelnen Fall prüfen, ob die Handelsverbotens zurückzunehmen oder der Handel zu unterliegen ist.

Aus dem Karlsruher Kunstleben

Wöchentlich Kunstvereine.

Im Durchgangsalter hat Arthur Niedeck eine Uebersicht über das Schaffen seiner letzten Jahre gegeben. Der seinen in ihrer schlichten Natürlichkeit aufs beste annutenden Kunst Niedecks zu bezeichnen, ist immer ein Genuss. Eine Freude ist es, diese einfache, selbstbewußte graphische Ausdrucksform im Zusammenhang zu sehen und zu sehen, wie hier einer sein meißelndes Können ohne technische Bräuterei und ohne Verzierung mit Nadel und Zeichnung künstlerisch auswertet und damit seine Wirkungen durch rein graphischen Stil erreicht. Sowohl in den Bildnissen (besonders in den zwei Platten der „Etern“ und dem „Mann mit Bars“ und im Selbstbildnis), als auch in den Landschaften (Baumgruppe bei Neurent, Waldlandschaft mit Nymphe und Reh, Schafweide, die auch in der Mappe des Vereins für Originalradierung erschienen ist, in Zavelstein, Berned und in den Bildnissen aus der unmittelbaren Karlsruher Umgebung, Neurent, Arieleungen) hat Niedeck gewöhnlich Ausdruck für seine Naturanschauungen gefunden und mit Persönlichkeit und Freiheit zu gestalten gewußt, ohne sich einer Schul- oder Meisterleistung zu verschreiben. Diese Unabhängigkeit und Selbstständigkeit bedingt sich vielleicht am stärksten und eigenartigsten in der zwölfblättrigen „Mappe zu Hesops Fabeln“, in der Landschaft und Tier wie Mensch eine ideale Einheit bilden. Der romantische Zug Niedecks ist unverkennbar und geht deutlich aus der reichen Folge von Erisiris und Neuhabsarten hervor, mit denen Niedeck seit 10 Jahren die Freunde und Liebhaber seiner Graphik und der Gebrauchskunst erfreut. Man erkennt auch an diesen lebenswichtigen Gestaltungen die reichen Ausdrucksmöglichkeiten, die Niedeck zu Gebote stehen. Eine kleine Folge von Zeichnungen zu Tieren, Landschaften, Pflanzen usw. geben Hinweise auf den Weg, den Niedeck zum Natureindruck zum meißelnden Kunstblatt nimmt.

Im Treppenhallen hat der Maler Robert Nitzemann in großer Umwechslung eine Schaar über sein Schaffen abgeben: Rundplastiken, Reliefs und Zeichnungen. Nitzemann macht noch keinen ganz einheitlichen Eindruck;

aber zwei Terrakotta-Büsten (Frau und Dr. Fr.) sind wohlgezeichnet, ausdrucksvolle Leistungen, denen die (vielleicht doch allzuplastisch herausgearbeiteten) Bildnisplastiken und die Bronzen (Frau, Mutter) nahe kommen. In den Glasarbeiten und den Zeichnungen spricht sich ein reger Sinn für plastische Arbeit und ein gutes Gefühl für Form und Bewegung aus; aber auch das Stille, das Unfertige, das diesen Bildnissen naturgemäß eigen ist, spricht noch mit.

Die künstlerischen Darbietungen von Ed. Kälwel sind im Grunde wegen der streng eingehaltenen Gestaltungsweise und der zwischen Naturalismus und Plastik die Mitte haltenden Ausdrucksform durchaus erfreulich, jedoch man sich über das Amanovolle der Komposition hinwegsetzt hat. Ganz originell sind die auf geometrischen Grundformen aufbauenden Bildnis-Kompositionen (Urahn, Großmutter, Mutter und Kind, Porträt im Dreieck, im Trapez), sowie die künstlerischen Flächenfüllungen (Donnosa, Allerlei, Exoten, Salamanderdruck, Britta von Siam, Tod der Semela usw.), die einen gewissen linearen Humor haben, der vielfach in der Zeichnung „Büchermesser“ noch härter hervortritt. Dieser Flächenkunst mit Betonung des Korbiales schließen sich als unausdrucksstarke Reliefs die Scherenschnitte von Van Söhlker an. Dieses mit der Schere rein in Flächenwirkung abgehaltene Spinnwebwerk in schwarz auf weiß, nach der inhaltlichen und formalen Seite hin eine höchst erfreuliche und als kunstgewerbliche Arbeit eine willkommene Sache, darf die Beachtung aller Kunstfreunde beanspruchen. Hier ist Material und Technik mit spielerischer Leichtigkeit und mit reinem Geschnad übermunden. Über diesen glänzenden Scherenschnitten, die im Erkennen und im Formalen gleich stark sind und zu immer neuem Betrachten anregen, bringen im Saal kunstgewerblichen Saal noch Karl Schermer, Freiburg und Otto Anstl. Gießenheim Malwerke sehr verschiedenen Persönlichkeitswertes. In Schermer's Motiven befindet sich eine mehr als nur als eine Zeichnerische einseitige Begegnung, insofern die „Kauarelle“, „Babende“ und „Vollstühle“ besser gelungen sind, als die mehr zeichnerisch behandelten „Arilde“ und „Kadrik“. Otto Anstl. aber bietet in seinen stark vereinfachten, flächig wirkenden Gemälden („Am Hochmoor“, „Winterstimmung am Kanal“, „Am schwellenden Bach“)

Talentproben eines auf neuzeitliche Malerei eingestellten Talentes, das verheißungsvoll in die Zukunft weist. Einweisen lassen sich noch handwerkliche Derbheiten mit, aber aus Einzelheiten läßt sich doch erkennen, welche ernste Natur und Selbststudium schon hinter den Gestaltungen liegt. Eine Persönlichkeit festigt sich mit den neuen Richtungen in der Malerei ausmahnender, um zur eigenen Ausdrucksform zu kommen. Man wird den ferneren Weg Anstls mit Aufmerksamkeit beachten müssen.

Kunst und Wissenschaft

Ueber die Revolutionen des 19. Jahrhunderts hielt Geheimrat Dr. Schuchner im Kaufmännischen Verein Karlsruhe einen, in seiner Lebhaftigkeit und umfassenden Kenntnis ausgezeichneten unterrichtenden Vortrag. Insbesondere war das Thema „Die letzten Endes doch immer stilles Verhältnis ist zu bewundern, in dem der Redner seine Ausführungen über die Gegenwart, die ja mitten in einer fortwährenden Revolutionierung steht und das schwierige und dunkle Problem, die Lösung der sozialen Frage zu bewältigen hat, zusammen zu fassen den Sätzen behandelte. Schuchner wies in bewachten Worten auf den einzig möglichen Ausweg aus unserer, nicht als Verwirrung als unser Dasein bedrohenden Krise hin, nämlich auf die Beherrschung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, daß der Lebenswille und die moralische Kraft allein imstande sind, die fortwährenden Umwälzungen aller Art und im weiteren Sinn nicht nur zu überwinden, sondern auch fruchtbar zu machen. Der Glaube an das Vertrauen auf das Deutsche Reich, das nicht untergehen wird, wenn keine Ueberes es nicht wollen, und das Bewußtsein vom Gebot der Stunde werden auch unsere heutigen, durch die Krieseschocken katastrophal angeordneten, Notzeiten überwinden. Nach einer allgemeinen Erläuterung über das Wesen der Revolution als Geschehen einer organischen Entwicklung, die aber als Naturnotwendigkeit und sittliches Gebot bei unheilbar gewordenen Zuständen eintreten kann und die Parallelen in den Erscheinungen des Kosmos hat, sowie unter Betonung, daß ohne schwere Opfer nie ein Fortschritt möglich war und sein wird, gab Schuchner Häufiger

einen Abriss der Revolution von 1789 an (auf welche Basis und auf welche ungleichen Erzeugnisse hin mehr oder weniger alle Staatsumwälzungen zurückzuführen sind), über 1800 bis zu dem Entschlußsjahr 1848 mit seinen Auswirkungen bis heute. Demnach sollte sich ein klares Bild der europäischen Staatenentwicklung des 19. Jahrhunderts an, wo für den Historiker von der Zufälligkeit losgeratener und verbitterter Dank gesagt wurde.

Arzt und Künstler in Baden-Baden. Unter kühner Berichtshalter schreibt uns: Die erste Monatshefte brachte uns außer der Uraufführung des Schauspielers aus dem Dreißigjährigen Krieg „Das friedensmüde Deutschland“, über das ich bereits in einer Sondernotiz berichtet habe, zunächst die Uraufführung des Schillers „Münchener“ in der Inszenierung des Intendanten Dr. Waag, die sich scharf auf das Lebensgefühl und Zeitlose in dieser Dichtung einwirkte, auf die Idee. Eine „Liesl und Mitternachts“ sei nur deshalb erwähnt, weil sie uns einen neuen, vorläufigen Pedro brachte, Willy Fiklen (Karlsruhe). Dem Fiklen in Spiel und Gesang ebenbürtig war Franz Jilken-Böschner als Pedro's Weib. Den Todesstern Richard Wagners beinahe die Kunstschöne mit einer vorzüglichem „Liesl und Mitternachts“ Aufführung. Die Titelrolle lag bei Waldhura (Halle), einem idealen Vertreter dieser Partie. Beide Opernvorstellungen leitete Paul Heim.

Das Gebot an Kohlen zu sparen, brachte leichte Einschränkungen im Haushalten mit sich. Die Abendkonzerte fallen aus; der Gartenfaal, der an die Zentralheizung nicht anschließen ist, wird nicht benötigt, sämtliche Veranstaltungen finden im großen, bew. im kleinen Bienenstube statt. Der Lokal wird bereits um 8 Uhr abends geschlossen, dafür aber um eine Stunde früher als bisher, um 9 Uhr morgens, geöffnet. Man rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß die Verderben trotz den bekannten Hindernissen auch in diesem Jahre stattfinden werden und zwar am fünf Tagen.

Die Deutsche Mäntel-Gesellschaft tagt vom 16. bis 18. April in der Münchner Frauenklinik. Es soll ein großer Mäntelkongress werden, zu dem ein Sonderzug die Teilnehmer des Wiener Kongresses für innere Medizin nach Deutschland bringen wird.

Verhaftungen u. Ausweisungen.

Koblenz, 21. Febr. Es sind gestern wieder 49 neue Ausweisungen bekannt geworden. Betroffen sind alle Stände, hauptsächlich aber Beamte. Aus Wiesbaden wurden neuerdings ausgewiesen der Polizeipräsident, der Finanzdirektor und der Landgerichtspräsident. Auch eine große Zahl Verhaftungen sind wieder vorgenommen worden. In Mainz und Wiesbaden wurden Bandendirektoren verhaftet, weil sie Lohngeber für Eisenbahner zur Verfügung stellten. Sehr stark zu leiden haben auch die Zeitungen. Es sind wieder Verhaftungen von Redaktoren in verschiedenen Städten des besetzten Gebietes vorgenommen. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, haben die Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet von ihrer Genehmigung abhängig gemacht. Gleichzeitig wurde den deutschen Behörden verboten, an Stelle der ausgewiesenen Beamten neue Kräfte zu ernennen, und jede mündliche oder schriftliche Dienstanweisung untersagt. Der Regierungspräsident König hat die Durchführung dieser neuen Verfügung der Besatzungsbehörde abgelehnt.

Aus der Pfalz.

i. Speyer, 21. Febr. Die Zahl der Ausweisungen aus der Pfalz wächst täglich. So wurden u. a. ausgewiesen: Kaufmann Böker aus Speyer, Delobelle, Vater und Sohn, die Eisenbahnspektoren Steigerwald und Kom, aus Landau Eisenbahnspektoren Reeb und Bahnhofsleiter Wilhelmshofer, aus Pirmasens der Chef der Polizei, Deisinger; aus Bergzabern: Oberamtmann Becker, Professor Hornbach, Bezirksamtmann Krüger und Oberleutnant a. D. Schopp, weil er einer ausgewiesenen Familie beihilft war. Die Ausweisungen erstrecken sich überall auf die Familien.

Die Unbegreiflichkeit der Beamtenhaft.

Berlin, 21. Febr. Der Reichspräsident hat an den preussischen Innenminister folgendes Schreiben gerichtet: Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen als Chef der preussischen Landespolizei meine aufrichtige Bewunderung und lebhafteste Anerkennung für das Verhalten der Schupo im Ruhrgebiet auszusprechen. Gegenüber einem Geizhals, der enttäuscht über das Fehlen seiner Pläne, in kleinlicher Nachsicht gerade die Sicherheitsbeamten täglich aufs neue herausforderte und zu demütigen versuchte, gegenüber Offizieren und Soldaten, die ihre Waffen durch rohe Mißhandlungen wehrlos machten, gegenüber der unermesslichen Notleidenden, die jede durch Eid und Pflicht begründete Selbsterhaltung vor fremden, unrechtmäßigen Befehlen mit Verachtung und gramloser Strafe verfolgte, verließen die braven Schupo-Beamten in ruhiger Besonnenheit und in selbstloser Hingabe an ihre Pflicht den Dienst weiter, ohne sich fremder Machtwilligkeit und Rechtsanmaßung zu beugen. Nicht nur die Ruhrbevölkerung, deren Schmerz ihre Tätigkeit ist, sondern ganz Deutschland zollt diesen tapferen Männern Dank und Bewunderung. Wenn man dereinst der Deutschen gedenkt, die in schwersten Zeiten in selbstloser Pflichterfüllung für den Bestand der deutschen Republik und für das Vaterland einstanden, wird man der Führer und Beamten der Schupo in Ruhrgebiet besonders dankbar gedenken. Ich bitte Sie, dies den Beamten der Schupo in Ruhrgebiet zur Kenntnis zu bringen, und bin in vorläufiger Hochachtung für ergebener Ebert.

Schutz den Verrätern.

Essen, 21. Febr. Den hiesigen Behörden sind gestern Verordnungen des Generals Degoutte zugestellt worden, in denen allen denjenigen, die Verräterdienste für die Franzosen tun wollen, der Schutz der französischen Truppen versprochen wird.

Der Kampf gegen die Presse.

Oberstein, 21. Febr. Der Redakteur des sozialistischen „Mittel-Rhein“, Gewerkschaftssekretär Forster, ist von den Franzosen verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden.

Koblenz, 21. Febr.

Vom französischen Polizeigericht wurden die verantwortlichen Schriftleiter der „Rheinischen Warte“, der „Koblenzer Zeitung“, des „Koblenzer Generalanzeigers“ und der „Koblenzer Volkszeitung“ zu je 40000 Mark Geldstrafe oder zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie es abgelehnt hatten, eine Bekanntmachung der Rheinlandkommission in dem politischen Teil ihrer Blätter aufzunehmen. Der Militärstaatsanwalt hatte 20000 Mark Geldstrafe beantragt.

Bad Ems, 21. Febr.

Nachdem vor acht Tagen der Verleger der „Emscher Zeitung“, Kris Sommer, und der Schriftleiter Bruchhäuser ausgewiesen worden sind, wurde gestern der Bruder des Verlegers Dr. med. Otto Sommer mit Familie ausgewiesen. Es liegt nach sicherer Quelle die Vermutung nahe, daß noch weitere Ausweisungen erfolgen werden, was mit der in Bad Ems besonders zahlreichem Sonderbündlern in Verbindung zu stehen scheint.

Die Verlehrsverfälschung.

Frankfurt, 21. Febr. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Mainz ist der Personenzugverkehr wieder als Normalverkehr über Niederlahnstein nach Köln eingerichtet worden, wo heute auf der gleichen Strecke auch der D-Zugverkehr wieder stattfinden. In Erier wurden drei Eisenbahnerfamilien und der Oberbaurat

Schwedi ausgewiesen. An den Grenzübergängen lassen die Franzosen keine Güter mehr aus dem besetzten Gebiet heraus. Der Oberbahnhofsleiter von Gerolstein und ein Kottenführer mußten ihre Wohnungen räumen. Der Betriebsingenieur vom Betriebsamt Gerolstein ist verhaftet und nach Erier abgeführt worden.

Berlin, 21. Febr. Der Reichsverkehrsminister beauftragte die Reichsbahndirektionen, die Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität an alle Dienststellen einstellen zu lassen, welche in gegnerischen Militärbesitz übergingen, und hat zugleich die Leiter angewiesen, die Zuleitungen von Gas usw. nach diesen Dienststellen zu unterbrechen.

Der Kampf um den Zoll.

Wiesbaden, 21. Febr. Die Beamten des hiesigen Hauptzollamts sowie deren Nebenstellen wurden gestern von den Franzosen schriftlich benachrichtigt, daß sie entlassen seien; sie könnten sich aber innerhalb 24 Stunden melden, falls sie gewillt seien, unter französischer Aufsicht weiterzuarbeiten, andernfalls würden sie zu gewärtigen haben, mit ihren Familien ausgewiesen zu werden. Diese Beamten, etwa 24, erschienen auf der Dienststelle und warteten die Umstände ab, unter denen die Amtsbearbeitung durch die Franzosen erfolgen werde.

Frankfurt a. M., 21. Febr.

Im Bezirk der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. ist in Eschborn, Strecke Frankfurt-Cronberg (Zaunus) seit heute eine französische Zollkontrolle eingerichtet. — Im Bezirk Ludwigsbafen sind die Zollämter Zweibrücken und Schönenberg von französischen Zollbeamten besetzt worden.

Türkheim, 21. Febr.

Die deutschen Zollbeamten sind am 19. Febr. durch französische Zollbeamte ersetzt worden. Die deutschen Zollbeamten sind der Gewalt gewichen. Türkheim ist die Grenzstation des Saargebietes.

Ausdehnung des Ausfuhrverbots.

Düsseldorf, 21. Febr. General Degoutte hat in einer Anordnung die bereits am 31. Januar und 2. Februar erlassenen Ausfuhrverbote auf Hüttenfabrikate, Nebenfabrikate und Fabrik-erzeugnisse aller Art ausgedehnt. Die Nebenmittelausfuhr soll bis auf weiteres bestehen bleiben; ein Erlaß des kommandierenden Generals wird die näheren Bedingungen festlegen.

Der beleidigende Schneeball.

Frankfurt, 21. Febr. Bei dem Schneefall hatten die Schüler in Wiesbaden unterrichtsfrei zum Toben. Eine Schülerin des Vocums und ein Gymnasiast veranlaßten sich damit, ein die Nobelbahn passierendes Auto mit einem Schneeball zu bewerfen, ohne zu ahnen, daß in dem Wagen ein französischer Offizier saß. Der Tatbestand wurde dem französischen Gericht mitgeteilt. Vor dem französischen Gericht wurde das Mädchen, da es noch nicht mündig ist, freigesprochen, der Junge, von dem natürlich das gleiche gilt, bekam, weil er die Hände in den Hosentaschen behalten hatte, als der Offizier mit ihm sprach, 10 000 Mark Geldstrafe.

Lehrreiche Stunden für Ausländer.

Essen, 20. Febr. Der bekannte norwegische Gelehrte Dr. John Alfred Wjoen, Bruder eines norwegischen Reichstagsabgeordneten, wurde auf seiner Reise von WlW, wo er Vorlesungen abgehalten hatte, mit seinem Auto in Wohnwinkel von französischen Poeten angehalten und mit seiner Familie und mit seinem Gepäck auf die Straße geworfen. Erst nach stundenlangen Verhandlungen mit dem französischen Kommandanten gelang es ihm, sein Automobil wieder frei zu bekommen. In Gelsenkirchen wurde der Kraftwagen erneut zum Halten gezwungen. Seine Tochter, die vermittelte wollte, wurde von den Soldaten brutal mit dem Gewehr zurückgeschossen.

Die Ergebnisse eines holländischen Berichtstellers.

Amsterdam, 21. Febr. Der Berliner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblades“ meldet seinem Blatte aus Eiferfeld vom 20. Febr. abends: Ich habe am Samstag nachmittag in Gelsenkirchen Gelegenheit gehabt, mit zwei Filmoperatoren, die ich speziell zwecks Feststellung der wahren Tatsachen in das Ruhrgebiet mitgenommen habe, Filmaufnahmen zu machen von Straßenszenen in der Nähe des Rathauses, die ich brieflich noch im einzelnen beschreiben werde. Ich schide voraus, daß ich für die Filmaufnahmen im ganzen besetzten Gebiet und auch im Ruhrgebiet die spezielle Genehmigung des kommandierenden Generals Degoutte habe, und daß ich meine Aufnahmen in Gelsenkirchen erst angefangen habe, nachdem ich dem zuständigen Offizier meine Erlaubnis ausdrücklich gezeigt hatte. So war ich zufällig in der Lage, verschiedene kinematographische Bilder aufzunehmen von der vollkommen nutzlosen und provozierenden Haltung der französischen Truppen, die mit aufgespitztem Bajonett in jämmerlichem Schritt unaufrichtig die ruhige Bevölkerung vor sich hertrieben und die Deutschen mit Rippenstößen vorwärts schoben, so daß es nur der unbereiften Ruhe der Passanten zu verdanken war, daß keine Unfälle vorkamen. Als ich darauf am nächsten Tage mit meinen Operatoren durch Gelsenkirchen fuhr, um Redinghausen zu erreichen, wurde ich verhaftet und unter militärischer Bedeckung zum obersten Chef in das Hotel zur „Post“ in der Nähe des Rathauses geführt, wo

man meine Aufnahmen beschlagnahmte. Man erklärte mir, ich hätte am Sonntag Filmaufnahmen gemacht, deren Vorführung für Frankreich eine ungünstige Propaganda bedeuten würde. Erst nach 2 1/2 Stunden erklärte mir die Offiziere, man gebe mir die Freiheit zurück. Der Film wurde aber sofort zur Entwicklung nach Düsseldorf geschickt. Am Dienstag nachmittag sollte ich mich in Düsseldorf bei General Degoutte melden. Hier wurden mir außerdem meine französischen Papiere abgenommen. Nur nach wiederholten Bitten gelang es mir, wenigstens einen Paß nach Eiferfeld zu bekommen, der es verhinderte, daß die Poeten unterwegs auch noch mein Auto beschlagnahmten. Wenn man französischerseits der Meinung ist, daß man durch dieses Auftreten gegen den objektiven der Wahrheit dienenden und nur die tatsächlichen Ereignisse auf kinematographischem Wege festhaltenden neutralen Journalisten der französischen Propaganda dienen kann, könnte sich das als ein Irrtum herausstellen. Ich werde brieflich noch Gelegenheit haben, interessante Einzelheiten meiner Aufnahmen und meiner Freiheitsberaubung zu veröffentlichen.

Pariser Urteile über die Lage.

Paris, 21. Febr. Ein Redakteur des „Petit Journal“, der als Sonderberichterstatter nach Düsseldorf gefahren war, schreibt seinem Blatte: Nicht Wagen, Lokomotiven sind es, die fehlen. Auch an Kohlen fehlt es nicht. Auf den Bergwerken an den Schächten herum häufen sie sich zur Beladung der Züge. Und wenn man diese Arbeitskräfte finden könnte, würden die Bergleute die Förderung verweigern, sobald sie sehen würden, daß der Ertrag ihrer Arbeit nach Frankreich geschickt wird. So begnügt man sich augenblicklich damit, die ersten hundert fertig verladenen Wagen nach Frankreich und Belgien zu schicken, die man da dort auf den Ranggleisen entdeckt. Deshalb ist es ein Unglück, wenn man annimmt, daß jetzt Frankreich um Mengen deutscher Kohle gelangen wird und sich damit die Defen in Fabriken und Häusern füllen werden.

Es muß wiederholt werden, daß man die Deutschen nicht durch Ausbeutung ihrer Werke, sondern mit ganz anderen Mitteln dazu bringen könnte, daß sie mit uns verhandeln. Man wird allerdings einwenden, daß die Kohlen nicht von den Bürgern und von den Beamten verladen und gefördert werden und daß die Regierung auf die Arbeiter nicht denselben Druck ausüben könne. Durch die kürzlich für das Rheinland abgeschlossenen und für das Ruhrgebiet demnächst noch abzuschließenden Abmachungen verpflichten sich die Gewerkschaften, für die Besatzungsmächte nicht zu arbeiten. In den Bergwerken würden nur noch Reinigungs- und Instandhaltungssowie Einrichtungsarbeiten ausgeführt. In den Fabriken würde solange gearbeitet werden, als Erze und Rohstoffe vorhanden seien. Die Unternehmer würden selbst bei eingeschränkter Tätigkeit oder völliger Stillstand der Betriebe die Löhne zahlen, solange sie könnten. Das Reich sei bereit, einzuzureisen, wenn die Zahlungskraft des einzelnen Unternehmers erschöpft sei und durch die Ruhrhilfe oder die Devisen, die von zahlreichen Privatpersonen dem Reich zur Verfügung gestellt würden, werde es ermöglicht werden, die Pohnabnahmen fortzusetzen. Das sei die Kriegsmaschine, die Deutschland gegen Frankreich gerichtet habe und mit der es im Ruhrgebiet, im Rheinland, ja sogar im Saargebiet zu arbeiten gedenkt. Sie könne fürchtbar, aber es frage sich, wie lange die Maschine laufe.

Deutsches Reich

Die Goldanleihe.

5. Berlin, 21. Febr. (Eig. Drahtber.) Die Regierung ist bemüht, die Goldanleihe schnellstens unter Dach und Fach zu bringen, nachdem in der gestrigen Besprechung mit den Vertretern der Großbanken eine Einigung über die Grundlagen erfolgt. Die gestern gewählte Unterkommission hat unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Haverstein bereits heute vormittag eine Sitzung abgehalten, in der die weiteren Einzelheiten des Anleiheprojektes durch beraten werden. Die Mitteilungen, die über die Ausgestaltung der Anleihe veröffentlicht wurden, sind jedoch etwas verfrüht. So ist es noch zweifelhaft, ob man mit der Auslegung der Anleihe tatsächlich schon vor dem 1. März beginnen kann obwohl die Annahme von Annehmungen auf feinerlei besondere Schwierigkeiten stoßen werde. Auch die Frage der Verzinsung ist noch nicht entschieden. Man kann annehmen, daß sich die Verzinsung in der Höhe von etwa 6 Prozent bewegen wird, da ja die meisten wertbeständigen Anleihen mit 5 Prozent verzinst werden und es sich in diesem Falle um eine besondere Kraftaktion handelt. Vor allen Dingen muß jetzt die Zeichnung der Anleihe organisiert, und zwar vor allem festgelegt werden, welche Devisenverträge die einzelnen Banken und die in Betracht kommenden industriellen Stellen zeichnen wollen. (Siehe auch die Berichte im Handels- teil. D. R.)

Die feindlichen Brüder.

Berlin, 21. Febr. In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages kam es bei der zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung infolge stürmischer Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu großen Lärmjahren.

Während einer Rede Paul Hoffmanns wurde dieser von den gegen den Redner vordringenden Kommunisten die Treppe zur Rednertribüne heruntergestoßen, worauf sich ein wildes Durcheinander entwickelte. Es kam zu Faustkämpfen, die sich fortsetzten, als sich der Vizepräsident vor seinem Sitz entfernt hatte und damit die Unterbrechung der Sitzung verhängte.

Die gleitende Lohnskala.

München, 22. Febr. Zu der Mitteilung der Konferenz der bayerischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkonferenz will die Landesstelle Bayern der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit, daß der Reichsarbeitsminister niemals der Auffassung gewesen sei, die Gehälter und Löhne in möglichst automatischer Anpassung an die steigenden Preise festzusetzen. Der Reichsarbeitsminister lehne in diesem Teile die gleitende Lohnskala ab.

Eine neue Schule.

t. Erfurt, 22. Febr. Der verantwortliche Redakteur der „Mitteldeutschen Zeitung“, Wendel, stand gestern vor der hiesigen Strafkammer, um sich gegen die Anklage der Beleidigung der Mitglieder der Geraer Schulverwaltung zu verantworten. Der Angeklagte trat den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen an und so kamen für die Geraer Schulverwaltung sehr belastende Tatsachen zutage. Es wurde unter Beweis festgestellt, daß in der Geraer Gemeindeschule, eine sozialistische Schöpfung, ohne jeden Plan gewirksamkeit werde und jeder treiben treiben könne, was er wolle. Ein älterer Lehrer sprach von Tönen und Maskeraden in der Schule. Des weiteren wurde festgestellt, daß bei der Bekämpfung von Schülern ein Schülerrat befragt werden müsse. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis für erbracht an und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Die Kohlenvorräte.

Berlin, 21. Febr. Laut „Berl. Lokalanzeiger“ ist es in den letzten Wochen gelungen, ein nicht unbedeutendes Kohlenlager anzulegen. Dies sei möglich gewesen durch die Einfuhr englischer Kohlen und auch dadurch, daß die bei der Ruhrbesetzung für Frankreich und Belgien bestimmten Reparationskohlen fast vollständig nach dem inneren Deutschland abgeführt werden konnten.

Ein Versammlungsverbot.

Frankfurt a. M., 21. Febr. (Drahtber.) Die vom Deutschnationalen Jugendbund für den 22. Februar in Aussicht genommene Versammlung, in der Derk von Kolarer sprechen sollte, ist aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten worden.

Wohnungsnot und Ausländer.

Betrachtet man in einer Zeitung die Rubrik Wohnungsnot, so sieht man fast täglich auf folgende Worte: Ausländer sucht Wohnung, Preis Nebenfrage! Warum wird das Wort Ausländer so sehr betont? Offenbar, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß es dann nie an Angeboten fehlt. Manche ständige Deutsche sollen das auch schon entdeckt haben, wo es freie Wohnungen und Zimmer gibt, daß sie einfach sich in der Zeitung als Ausländer bezeichnen. Ein sehr empfehlenswerter Trick auch für das Wohnungsamt, die Behörden könnten da manch niedliche Entdeckung machen. Denn viele, allzu viele gibt es immer noch, die bei Vergabe eines freien Raumes den Ausländer dem Deutschen vorziehen. Diese erbärmlichen Ausländer sind in allen Kreisen zu finden. Der Ausländer hat kein Recht auf eine Wohnung, er soll ins Hotel ziehen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat dieser Tage an die zuständigen Behörden der Landesregierungen folgendes Schreiben gerichtet:

„Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Zeit lassen eine Verschärfung der Schwierigkeiten im Wohnungsweisen erwarten. Unter diesen Umständen erscheint es weniger als je angebracht, wenn Ausländern in Deutschland Wohnraum, der für deutsche Wohnungsjugend in Frage käme, zugewiesen wird. Unter Bezug auf meine Schreiben vom 22. Mai 1920 und vom 24. Mai 1922 gestatte ich mir daher nochmals darauf hinzuweisen, daß unter allen Umständen die Ansprüche der deutschen Bevölkerung auf Zuteilung von Wohnraum vor den Ansprüchen der Ausländer zu befriedigen sind und daß die Ausländer den wohnungsuchenden Deutschen weichen müssen. Von besonderer Wichtigkeit erscheint es mir auch, daß gegen Ausländer, die sich unter Umgehung der auf Grund der Wohnungsmangelverordnung erlassenen Anordnungen ein Unterkommen verschafft haben, tatkräftig vorgegangen wird und daß sie zur Räumung der Wohnung veranlaßt werden, damit diese Wohnung einer deutschen Familie zugewiesen werden kann. Die bestehenden Vorschriften bieten hier bereits genügendes Handhaben. Dabei kommt alles auf die Durchführung durch die zuständigen unteren Verwaltungsorgane, insbesondere die Gemeindebehörden an.“

Geschäftliche Mitteilungen.

Teure Zeit! Fleisch, Gemüse, Kohlen, Gas; alles ist sehr teuer. Doppelt bewahren sich jetzt die besten Raagas Erzeugnisse, die bei wesentlicher Ersparnis an Brennmaterial und teuren Zutaten eine gute, gesunde Küche liefern. Beim Einkauf achte man aber auf die Kennzeichen der Echtheit, den Namen „Raagai“ und die gelbrote Packung.

Dixin das dankbare Seifenpulver ist sparsam im Gebrauch und billig. ALLEINIGE HERSTELLER: HENKEL & Co., DÜSSELDORF

Die neuesten Erlasse „gegen Wucher u. Schiebertum“.

Von der Landeszentrale des badischen Einzelhandels wird uns geschrieben:

Es ist nachgerade eine bekannte Erscheinung geworden, daß sowohl die Reichsbehörden, als auch die Ministerien der einzelnen Länder, wenn sie mit ihrer Staatskunst zu Ende sind und die staatliche Gesamtwirtschaft auf einem kritischen Höhepunkt angelangt ist, der eine weitere Anspannung nicht mehr verträgt, ein Benützn zu öffnen suchen, das die allgemeine Erregung von den verantwortlichen Stellen ab auf einzelne Erwerbsgruppen hinleiten soll, die den Sündenbock für die ganze Gestaltung der heutigen Verhältnisse abgeben müssen. So sind auch neuerlich wieder Erlasse des badischen Ministeriums des Innern und des Generallaatsanwalts herausgegeben worden, die neben Angriffen auf die Produzenten derartiger schwere Verdächtigungen des gesamten Einzelhandels enthalten, daß man sich wirklich des Eindruckes einer absichtlich verzerrten Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse nicht erwehren kann. Wenn volkswirtschaftliche Laien in begreiflichem Mangel über die Gestaltung der Dinge derartige Beschuldigungen erheben und der für jede Verdächtigungs heute doppelt empfindlichen Mittelwelt kundgeben, so muß man sich damit abfinden, wenn aber die obersten Staatsbehörden selbst unter Auserlassung tieferen Eingehens auf volkswirtschaftliche Tatsachen Einzelfälle benutzen, um ganzen Ständen Wucher und Ausbeutung des Volkes in die Schuhe zu schieben, so kann dies gar nicht klar genug verurteilt werden. Anstatt durch Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse Verunsicherung zu schaffen, wie es Pflicht der Staatsbehörden wäre, wird durch derartige Erlasse Del in das Feuer geschossen, dessen Wirkung, wenn es erst weiter um sich greift, unmeßbar schwerer fallen dürfte.

Sowohl das Ministerium des Innern, als auch der badische Generallaatsanwalt, werfen der Kaufmannschaft generell vor, ihre Preise auf den erhöhten Dollarkurs von 50 000 M. über Nacht eingestellt zu haben, wohingegen die Umstellung auf den heutigen niedrigen Kurs von 20 000 M. nirgends erfolgt sei. Dieser Vorwurf enthält eine glatte Unrichtigkeit und ist absolut unberechtigt. Jedermann, der auch nur einigermaßen orientiert ist, weiß, daß kaum ein einziger Artikel des täglichen Lebensbedarfes — abgesehen von den Produkten der Landwirtschaft, von deren Verteuerung aber der Einzelhandel vollkommen ausgeschlossen ist — überhaupt dem höchsten Dollarkurs von 50 000 M. auch nur nahekommen ist und daß die Preise im Einzelhandel sich auf einem guten Mittel selbst dann noch hielten, als die Rabranten und Großisten längst über diese Mittelpreise hinausgerückt waren. (Siehe Inhaberzeitung Großhandel — Kleinhandel!) Es ist wohl selbstverständlich, und ohne weiteres einleuchtend, daß es dem Einzelhandel angedächts dieser Tatsache auch nicht möglich war und ist, seine Preise bei sinkendem Dollarkurs sofort zu halbieren oder noch weiter herabzusetzen, denn er müßte dabei neben seiner Arbeit und seinem Risiko noch bares Geld zulegen.

Hierzu kommt, daß erst jetzt die staatlichen Tarife ihre volle Wirkung als preissteigernde Faktoren ausübten. Am 15. Februar wurden die Gültertarife adersmals verdoppelt, am 1. März folgt eine Verdoppelung der Personentaxen, sowie des Posttarifs. Ganz abgesehen von den im Januar und Februar um über 140 Prozent erhöhten Rohpreisen, von den fast allwöchentlich steigenden Gehältern und Löhnen und von den ins Unermeßliche gehenden Steuer- und Umlageanforderungen bedekten diese Tarifsteigerungen allein schon eine gewaltige Erhöhung der Geschäftskosten in allen Betrieben. Es ist sehr bedauerlich, daß der Staat zwar täglich Maßnahmen an die Kaufmannschaft richtet, die Preise nicht den Desideraten anzupassen, aber selbst mit den denkbar schlechtesten Beispielen vorangeht. Warum greift da kein Ministerium ein und kein Staatsanwalt, wenn die Eltern für Frachtabgaben das Zehnfache zahlen, der Friedenspreise erhebt? Warum nicht, wenn die Post- und Telegraphenverwaltung trotz des ansehnlich gewaltigen Devisenrückgangs zum 1. März ihre Tarife adersmals verdoppelt? Warum nicht, wenn sich von Woche zu Woche die Gebühren für elektrischen Strom, für Gas usw. erhöhen, bis sie für den nicht mit Millionen einkommenden geschnittenen Durchschnittsbürger überhaupt nicht mehr erträglich sind?

Die Staatsanwaltschaften wissen eben ganz genau, daß sie hier ins Feuer greifen würden, denn gegen die Macht der Verhältnisse können auch sie nicht an. Aber solche Erwägungen der Vernunft gelten nicht für den Einzelhandel; der Einzelhändler soll es erzwungen, er soll — wie der Herr Generallaatsanwalt so schön ausführt — seine Sachwerte, seine Lagerbestände, seine Kapitalien der Gesamtheit opfern, bis es ihm unmöglich ist, seinen Geschäftsbetrieb weiterzuführen und auch er als Arbeitsloser sich und seine Familie aus der großen Krippe der Staatskasse ernähren lassen kann und bis die Steuerkraft des Mittelstandes vollständig erschöpft ist.

Überdies: Ist es dem Ministerium des Innern und dem Herrn Generallaatsanwalt adersmals unbekannt geblieben, daß der Einzelhandel in den letzten Tagen von sich aus schon Preisermäßigungen hat eintreten lassen, wo und soweit dies angesichts der ganzen Verhältnisse nur irgend möglich war? Haben die für die Herausgabe von Wuchererlassen maßgebenden Herren keine Verbindung mit den Stellen des praktischen täglichen Lebens, die ihnen über diese Preisabschlüsse — die in Lebensmitteln, Textilien usw. recht beträchtliche genannt werden müssen — Aufschluß hätten geben können? Oder sind die Erlasse, die gestern veröffentlicht wurden, schon im voraus noch zu einer Zeit geschrieben worden, wo der Dollar eben ankam, ins Bauen zu kommen? Wären könnte man es nachschauen, wenn man diese, nach seiner Richtung hin zutreffenden Auslassungen liest.

Dann noch ein weiteres: Wenn die Ministerien und die Herren Generallaatsanwälte schon gegen die derzeitigen Preise und jene, die sie fordern, Sturm laufen wollen, warum setzen sie da wieder beim letzten Glied in der Kette die Produktion, den Einzelhandel ein und nicht bei der Produktion, bei den Fabrikanten und Lieferanten? Trant man sich an die allmächtigen Lieferantenartelle, die ihre Mitglieder mit Bindungsparagrafen an Konditionen fesseln, daß dem Einzelhändler die Augen übergehen, wirklich nicht heran? Was hat der Herr Generallaatsanwalt a. B. dazu, wenn eine Lieferantenfirma (die Sternwollspinnerei Bahrenfeld, Altona) einem Einzelhändler, der verständig mit der Regulierung einer Rechnung von 151 502 M. knapp 4 Wochen im Mühlend geschlafen war, für Salubritätszinsen um nicht weniger als 730 655 M. Zuzuschlag in Anrechnung bringt und dabei bemerkt, daß sie durch ihre Verkaufsbedingungen zu diesen exorbitanten Aufschlägen genungen sei? Wie soll der Einzelhandel da noch kalkülieren können, wenn derartige heute möglich ist? Kennt der Herr Generallaatsanwalt nicht die Bedingungen der Vorzellanindustrie, die am 15. ds. Mts. den Index für die gesamte Porzellanfabrikation trotz des sinkenden Dollarkurs um 40 Prozent erhöhte, oder bestehen Gründe, daß man diese Konditionen der Fabrikantenerbände behördlicherseits nicht kennen will?

Soll tatsächlich der Einzelhandel, der doch nichts anderes will, als die Existenzmöglichkeit für sich und seine Familie und die Erhaltung seines Geschäftes, nach wie vor den Kopf hinhalten für all jene preissteigernden Faktoren, die teils in den ganzen heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind, teils auch der Nachprüfung durch die maßgebenden Behörden bisher trotz aller Hinweise entzogen blieben, weil Kräfte am Werk sind, deren Bestimmung weniger leicht ist, als die Aufhebung des Einzelhandels? Der Einzelhandel glaubt ein Recht auf objektive Prüfung der ganzen Sachlage zu haben und er protestiert deshalb aufs allerentschiedenste gegen alle Angriffe ähnlicher Natur, wie sie in den jüngsten Erlässen des Ministeriums des Innern und des Herrn Generallaatsanwalts enthalten sind, solange diese auf gänzlich einseitiger Information beruhen und unter völliger Auserlassung der tieferen volkswirtschaftlichen Verhältnisse vor die breite Allgemeinheit gebracht werden.

„Gegen die Wucherer und Schieber“.

In der letzten Nummer des „Badischen Staatsanzeigers“ („Karlsruher Zeitung“) finden sich unter obiger Ueberschrift folgende Sätze, die offenbar aus den Regierungsakten stammen:

In den in der Dienstanummer der „Karlsruher Zeitung“ veröffentlichten Erlässen des Ministeriums des Innern und des Generallaatsanwalts schreibt der „Volksfreund“ in seiner

Mittwochnummer, sie seien eine Folge des Offenen Briefes gewesen, welchen er in seiner Dienstanummer auf der ersten Seite des Blattes veröffentlicht hat.

Diese Behauptung ist unrichtig. Die Mitarbeit der Presse auf dem Gebiete der Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums ist gewiß zu begrüßen, aber es bedurfte nicht erst des Offenen Briefes des „Volksfreund“, um hier vorzugehen. Die erwähnten Erlasse waren viel früher fertiggestellt, als der „Volksfreund“ feststellen zu können glaubt. Der Offene Brief des „Volksfreund“ erschien am Dienstag mittag, bereits Montag abend waren die in Frage kommenden Erlasse der Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ zur Veröffentlichung überwiesen. Die Veröffentlichung wäre am Dienstag nachmittag — der Ausgabezeit der „Karlsruher Zeitung“ — auch geschehen, wenn der Offene Brief im „Volksfreund“ nicht erschienen worden wäre.

Durch solche Bemerkungen, wie die des „Volksfreund“, schwächt man von vornherein die Autorität der Behörden, die sich die Bekämpfung des Wuchers zum Ziel gesetzt haben. Das sollte man im Interesse des gemeinamen Volkes, das Behörden und Presse auf diesem Gebiete haben, unterlassen.

Gerichtssaal

1. Karlsruhe, 21. Febr. (Eine neunköpfige Diebesgesellschaft.) Vor der IV. Strafkammer hatten sich heute neun Angeklagte wegen umfangreichen Diebstählen, Hehlerei und Jagdvergehen zu verantworten. Das Haupttonto entfiel auf den Schreiner Michael Baron, seine beiden Brüder den Metzger Karl Baron und den blinden Korbmacher Wendelin Baron, sowie den Tagelöhner Julius Krämer und Julius Debatin, sämtliche aus Hambrücken. Die noch nicht vollbürtigen Angeklagten gaben an, aus einer drückenden Notlage heraus gehandelt zu haben. (M. Baron ist Vater von 7 Kindern.)

Die Brüder Baron brachen in der Nacht vom 4./5. Januar 1919 in den Keller eines Tabakhändlers ein und stahlen Tabak im damaligen Werte von 7000 M. In der Nacht vom 3./4. Februar brachen sie in eine Zigarrenfabrik ein und nahmen 5000 Zigarren und zwei Ballen Tabak mit. Bei dieser Gelegenheit wurde noch unter Beteiligung eines gewissen Simianer ein Motorrad entwendet, das aber am nächsten Tage vom Eigentümer unter Heißig und Raub versteckt wieder aufgefunden wurde. — Am 21. Dezember wurden wieder große Mengen Tabak im Werte von 10 000 M. gestohlen. Der Engelwirt von Hambrücken konnte ebenfalls hohen Besuch verzeichnen, denn vom besten Wein fehlten etliche 20 Liter und auch die Dohthorden gälften vor Leer. Aber auch der Strichwirt wurde nicht verschont. Schweinefleisch und Kvielettis im damaligen Werte von 3800 M. wanderten in die hungrieren Mägen der Baronskinder. — Zur Abwechslung brach M. Baron mit L. Krämer wieder in einer Zigarrenfabrik ein, einige Ballen Tabak und Zigarren waren die Beute. — In der Nacht vom 29./30. Oktober hatten die Gebrüder Baron mit J. Debatin aus einem Konfektionsladen Stoffe und Kleider geraubt. Im September 1921 stahlen die Barons gemeinsam mit einem gewissen Stord noch in einer Bruchsaler Fabrik Treibriemen u. a. in hohem Wert. Im ganzen wurden ihnen 25 Diebstähle zur Last gelegt, die sie alle zugestanden. Außerdem mußten die Brüder Baron und J. Debatin wegen Jagdvergehen zur Verantwortung gezogen werden. Nach einsehhalbündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: M. Baron erhält acht Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust; Metze Karl Baron erhält vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust; Korbmacher Wendelin Baron zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust; Julius Debatin sechs Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust; Julius Krämer drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust; Otto Stord ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust; Josef Simianer zehn Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Die Ehefrauen Marie Baron und Ida Debatin erhalten wegen Hehlerei je drei Monate Gefängnis. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände angebilligt.

1. Karlsruhe, 21. Febr. Der 19 jährige Walter Rau hatte mit drei anderen Gesellen den Fasan gefast, seinem Vater, der ihn sehr kurz hielt, ein Kind zu stellen. Der Hilfsarbeiter Kling holte das Tier aus dem Stall. Bei dem Goldschmied K. Wischhoff wurde das gestohlene Kind untergestellt und am andern Tag verkauft. Der Erlös 3000 M. (es war 1920) wurde zum

großen Teil in feucht-fröhlicher Stimmung umgesetzt. Das Gericht erließ folgendes Urteil: Otto Rau aus Ittersbach wegen Beihilfe zum Diebstahl acht Monate Gefängnis, der Schlosser O. Kappeler aus Ittersbach sechs Monate Gefängnis, der Hilfsarbeiter Aug. Kling aus Feldrennach wegen schweren Diebstahls 1. R. ein Jahr drei Monate Gefängnis, der Goldschmied K. Wischhoff wegen Hehlerei drei Monate Gefängnis.

Sport-Spiel

Karlsruher Stadtausflug für Leibübungen und Jugendpflege.

Der Stadtausflug hielt am Dienstag abend im „Palmengarten“ seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Professor Valweg, der aus der Vorlage der Zeit heraus wählende Worte an die Vertreter der Turn- und Sportclubs, wie der Jugendpflege riefte und zur Ausdauer auch in der unfruchtbarsten Bewegung bevorzugen wird, sehr harten Zeit aufordnete, erbatte Herr Rohrer den Kassenbericht, der in Ordnung befunden wurde. Der Geschäftsbericht des Herrn Schneider gab ein Bild reger Tätigkeit des Stadtausfluges. Als Punkt 3 erfolgte dann die Entlassung des Vorstandes, der in Anerkennung seiner Amtsführung einstimmig wiedergewählt wurde. Eine Teilung der stark beladenen Geschäftsführung brachte die Wahl von Lehner Feuchter, der nun mit Herrn Schneider die Geschäftsführung übernehmen wird. Es wurden einige Änderungen in der Führung des Stadtausfluges bekanntgegeben, unter der schon erwähnten Beibehaltung des Hauptvorstandes. Zu Punkt 4, Verkleidung, liefen mehrere Anträge ein, hier wäre die Beitragsverhöhung für die Vereine hervorzuheben, die bei Mitgliedern von 1000 und darüber 2000 M., bei 500 bis 1000 Mitgliedern 1000 M. und bei 250 bis 500 Mitgliedern 500 M. betragen soll. Für Vereine unter 250 Mitgliedern wurde ein Beitrag von 1 M. pro Kopf festgelegt. Einen besonders wichtigen Punkt bildete eine Eingabe an die Stadterverwaltung Herr. Erbhorn ihres Zirkusses, wobei eine Nachtragsforderung von 500 000 M. als beherrschend betrachtet werden kann, wenn man bedenkt, daß a. B. Darmstadt im vorigen Jahre bereits 600 000 M. dem dortigen Stadtausflug bewilligte, und daß auch im Hinblick auf den Zweck und das umfassende Gebiet der Turn- und Sportbewegung, wie der Jugendpflege, der genaue Betrag noch in gar keinem Verhältnis zur eigentlichen Aufgabe steht.

Internationale Rennen.

H. Baden-Baden, 21. Febr. Auf der am 27. Februar in Berlin stattfindenden Delegiertenversammlung der deutschen Rennvereine wird der Vertreter des Internationalen Klubs, Graf A. von Armin-Plumberg als diesjährige Rennleiter für die Internationalen Rennen in Baden-Baden den 24., 28. und 31. August und 2. September in Vorschlag bringen, und man darf annehmen, daß diese Termine Zustimmung finden werden. Die Ausschreibungen für die Rennen kommen erst nach der am 3. April hier stattfindenden Generalversammlung des Internationalen Klubs heraus, doch steht es jetzt schon fest, daß die Rennpreise eine weitestgehende Erhöhung erfahren werden.

Vom Wetter

Mittwoch, den 21. Februar 1923.

Vom Ocean ist eine neue Druckwelle bis zu den britischen Inseln vorgedrungen, während der hohe Druck allmählich nach Südosteuropa zurückweicht. Südostdeutschland steht unter dem Einfluß eines vom Kanal bis Dänemark reichenden Tiefdruckrückläufers, dessen etwas mildere westliche Ausläufer meist trübes Wetter mit mäßigen Niederschlägen verurteilen. Im Gebirge herrscht leichter Frost, in den tieferen Lagen liegen die Temperaturen über dem Gefrierpunkt. Die Wetterlage ändert sich nur langsam, so daß auch morgen die gegenwärtige Witterung andauern wird.

Wetterausblick für Donnerstag, 22. Februar: Teilweise aufklarend, geringer Schnee, im Gebirge Frost, in der Ebene Temperatur um den Gefrierpunkt; veränderliche Winde.

| Mehrwertsteuerkürzung morgens 6 Uhr: | |
|--------------------------------------|-------------|
| 21. Februar | 20. Februar |
| Leipzig | 1,65 m |
| Berlin | 2,92 m |
| München | 4,80 m |
| Köln | — |
| Hannover | — |
| Hannheim | 3,98 m |
| mittags 12 Uhr | |
| abends 6 Uhr | |

MAGGI'S Suppen helfen Kohlen und Gas sparen.

Denn je nach Sorte geben Sie in 10 bis 20 Minuten mühelos, ohne weitere Zutat, wohlschmeckende, nahrhafte Suppen. Viele Sorten, wie: Eiernudeln, Eiersternchen, Erbs, Erbs mit Speck, Ochsenfleisch, Reis, Pilz usw. tragen jedem Geschmack Rechnung.

Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



Herrentuchhaus Herrenstraße 22
empfehlen zu noch billigen Preisen

Anzugstoffe

Gold- u. Silber-Schmelze

H. Kießling,
Hirschr. 10, Ecke Kaiserstr., Tel. 2391,
zahl für Gegenstände aus
Platin, Gold und Silber
höchste Kurspreise.

„EMAG“ G.m. Karlsruhe
b.H. Karlsruhe
Büro u. Lager: Waldhornstr. 66 Tel. 4862
kauft laufend

Maschinen jeder Art, Maschinen-
guß, Ofenguß, Brockel- und
Schmelzeisen sowie Metalle

zu höchsten Preisen gegen netto Kasse.
Uebernahme ganzer Fabrikanlagen
und Werkstätten auf Abbruch.

Kompl. Verschlusdbrennerei (Ohne Uhr)

(1. Jahr im Gebrauch) mit Hoch- und Feindbrand-
kessel, 250 u. 110 Liter haltend, Kupferausföhrung mit
Wasserbad oder für Dampfdruck geeignet.
zu verk. Angebote bis einschließlich 26. d. Mts. an
H. Wöhner jr., Gäßli (Baden) Schloßhau.

Jetzt kaufen!

Den ähnlichen Stand der Markt und unsere
denkmalreichend gefestigten Preise ausnützend
Die Herren können sich täglich wieder verläßlich zu
Krause & Baiffsch, Markt-
Spezialgeschäft für Anzugstoffe

Statt besonderer Anzeige.

Gestern abend verschied nach langem schwerem
Leiden unsere liebe Mutter

Frau Clara Heintze

geb. Weizel

im 87. Lebensjahre.
Mannheim, Karlsruhe, den 20. Februar 1923.
Heinrich Heintze, Major a. D.
Dr. Wilhelm Heintze, Geh. Legationsrat.
Dr. Karl Heintze, Landgerichtsdirektor.
Die Beerdigung findet in aller Stille statt.

Trauerbriefe

hier in tadelloser Ausführung in kürzester Frist
die Tagblattdruckerei, Ritterstr. 1.

